

Beilage zu Nummer 81 der Volksstimme.

Mittwoch den 5. April 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 5. April 1916.

Zwei wichtige Bundesratsverordnung.

In der Sitzung vom 4. April hat der Bundesrat zwei Verordnungen beschlossen, die sich auf die Benutzung von Grundstücken städtischen Charakters zu landwirtschaftlichen und gärtnerischen Zwecken beziehen. Durch die eine wird die Möglichkeit gegeben, solche Grundstücke, die sich zur Bebauung mit Gemüse und landwirtschaftlichen Produkten eignen, dieser Nutzung zuzuführen. In der anderen Verordnung wird bestimmt, daß Grundstücke in Gemeinden von mehr als 10 000 Einwohnern zur gärtnerischen Nutzung nur zu mäßigen, von einer unteren Verwaltungsbehörde festzusetzenden Pachtpreisen verpachtet werden dürfen. Es soll dadurch einer spekulativen Ausnutzung durch den Besitzer Einhalt getan werden.

Gemüse, die nichts kosten.

Der Kriegswirtschaftliche Ausschuss beim Rhein-Mainischen Verband für Volksbildung überläßt uns die folgende beachtenswerte Notiz: Von Ende April bis Anfang Juli wird unter weitestgehender Nutzung der freien Felder, die in der Nähe als die Jahreszeit vorräthig, knapper und auch weniger schmackhaft. Da bilden grüne Gemüse eine willkommene Ergänzung. Wer solche möglichst billig haben will, mag sich in dieser Kriegszeit erinnern, daß eine Anzahl wildwachsender Pflanzen ohne große Umstände wohl-schmeckende und gesunde Gemüse liefert. Die finger- oder hand-langen Triebe der unter Decken, an Begrändern, auf Schuttplätzen, an Dämmen und sonstigen schattigen Stellen wachsend, als bekannte Brennessel (Urtica urens L.) werden mit Sandstücken ge-pflückt, dann wie der Spinat belesen und behandelt, und geben so ein gesundes Gemüse. Wenn später die Triebe länger werden, pflückt man nur die Spitzen ab, da die unteren Teile dann etwas härte sind. In feuchten und vor allem recht schattigen Waldstücken unter Decken, in schattigen Anlagen und Gebüsch, sind jetzt die grundständigen Blätter eines in unserer Gegend recht häufigen Dinkelgewächses erschienen, des Weißfußes oder Gierich (Aegopodium podagraria L.). Sie liefern im jugendlichen Zu-stande ebenfalls ein wohlgeschmackvolles Gemüse, das wie Spinat zubereitet wird. Das Gleiche gilt für die Schafgarbe (Achillea millefolium), deren überaus feingefiederte im ersten Frühling sehr zarte Blätter förmliche Rosen bilden. Ein besonders schmackhaftes Gemüse gewinnt man, wenn man die genannten Kräuter mischen-der mischt. Eine dritte, von alt und jung gekannte Pflanze ist der auf allen Meeresküsten an grasigen Feldwegen und Wäldern wachsende Löwenzahn auch Kuckuckskraut oder Ringelblume (Leontodon Taraxacum) genannt. Wer ihn benutzen will, muß ihn pflücken, damit er die bestmögliche Wirkung entfalten kann. Die Pflanze hat sehr schmackhafte Blätter, die vor dem Aufbrechen der goldgelben Köpfelein gesammelt werden. Werden die Blätter später gesammelt, so schmecken sie bitter.

An Salatpflanzen seien zwei wildwachsende angeführt: Die Brunnenkresse (Nasturtium officinale R. Br.) und das Scharbockkraut (Ranunculus Ficaria L.) auch Reigwurz genannt. Erstere ist ein Bewohner unserer Wiesengraben mit staudigem Wurzelsystem. Sie wird als Salatpflanze von Kennern sehr geschätzt. Das Scharbockkraut findet sich an schattigen feuchten Stellen des Waldes, an Grabenrändern und unter feuchten Decken. Seine nierenförmigen Blätter geben im jugendlichen Zustande einen erfrischenden Salat. Die zarten Blätter der Wegerich sind ebenfalls in salatischen Anordnungen, die köstlich schmeckend sind, nützlich. Man kann sie ein oder zwei Tage in Salzwasser eingeweicht hat, in derselben Weise wie Kressen (in Essig) einweichen und wie Kressen als Fleischbeilage verwenden. Auf dem Wegerich und in sonstigen Gebirgspflanzen verdient der Dickschmanker (Polygonum bistorta L.), eine Wegerichpflanze, die jedem Sommerfriseur durch ihre prächtige rote Blütenreihe auf-fällt, Beachtung. Seine fettreichen Wurzelblätter liefern in den ersten Frühlingstagen ein schmackhaftes Gemüse.

Es wäre sehr zweckmäßig, wenn die Lehrer in den Schulen den Kindern diese Gemüsepflanzen zeigen und erklären wollten. In größeren Orten wäre es auch angebracht, die Kinder in die Feld und Wälder zu begleiten, oder einmal mit der Schuljugend, der sich Erntegüter anschauen können, herauszuführen und die Erklärung in der Natur vorzunehmen. Wenn Führer nicht vorhanden sind, so ist der Rhein-Mainische Verband für Volksbildung, Frankfurt a. M., Paulplatz 10, Fernruf: Danja 5803, gerne bereit, diese Schenke zu vermitteln.

Der Wiesbadener Fremdenverkehr hat im ersten Vierteljahr dieses Jahres, wie bei der amtlichen Fremdenverkehrsstatistik festgestellt wurde, insgesamt 22 550 Fremde gebracht, und zwar 10 138 Ausländer und 12 412 Postkavalieren. Das sind 4050 Fremde gegen das Vor-jahr im gleichen Zeitraum mehr.

Saatkartoffeln. Am nächsten Donnerstag beginnt die Stadt mit der Ausgabe der bestellten Saatkartoffeln. Es kommen etwa 600 Zentner Frühkartoffeln zur Ausgabe. Anfangs nächster Woche erfolgt dann die Ausgabe von etwa 240 Zentner Spätkartoffeln. Die Besteller werden durch Postkarte benachrichtigt, wann und wo sie zur Empfangnahme der Kartoffeln sich einzufinden haben. Die Benachrichtigung gilt zugleich als Quittung. Die Kartoffeln müssen bei der Abnahme gleich bezahlt werden. Der Preis beträgt für „In-burke“ 10 Mark, für blaue Oberräder und „Frührosen“ 11 Mark und für „Kaisertrone“ 12 Mark der Zentner.

Von der Fischerei. Das Aussehen von Regenbogenforellen und Lachsforellen soll im Wiesbadener Bezirk künftig ausgegeben werden, da man mit den bisherigen reichlichen und kostspieligen Aus-gaben keine befriedigenden Erfolge erzielt. Größere Regen-bogenforellen wurden bisher überhaupt nicht und Lachs nur sehr selten in dem zum Wiesbadener Bezirk gehörigen Teil des Rheins gefangen. Es soll in Zukunft dem Fische mehr Aufmerksamkeit ge-schenkt werden.

Bestenfalls eine Schwindlerin. Vor einiger Zeit ist hier eine 24 Jahre alte Person aufgetreten, die sich verschiedene Namen, u. a. auch den einer Gräfin Olga von Grünau, beilegte und als vor-nahme Rollende wohlhabende Familien heimsuchte, denen sie alle möglichen Geldgeschichten zum Besten gab, um in den Besitz einer größeren Unterstützung zu gelangen. Als die Polizei auf sie auf-merksam wurde, verlegte sie ihr Tätigkeitsfeld anderswohin und suchte auch in Mainz und Frankfurt auf. Jetzt ist es gelungen, die Schwindlerin in Höchst festzunehmen. Die Schwindlerin ist in der Person der verheirateten Elisabeth Cleven, geb. Houben, festge-stellt, geboren am 23. Oktober 1887 in Dortmund. Sie wurde außer von Wiesbaden, Mainz und Frankfurt auch von Kassel, Leipzig und Magdeburg gesucht, wo sie in ähnlicher Weise Betrügereien ver-richtete hat.

Erhalten hat sich am Montag in seiner Wohnung hier ein pensionierter Beamter. Die Katze geschah in einem Anfall von Unmuth über hochgradige Arteriosklerose.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Zur Viehzählung am 15. April.

Der Bundesrat hat kürzlich beschlossen, am 15. April d. J. eine Vieh-Zwischenzählung im Deutschen Reich vorzunehmen zu lassen. Dem Reichlichen Statistischen Amt ist das vor-läufige Ergebnis bis zum 1. Mai, die endgültige Zusammen-fassung bis zum 1. Juni 1916 einzuliefern. Besonders wich-tig ist die Bestimmung des Bundesrats, daß, wer öffentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft wird. Auch kann Vieh, dessen Vorhandensein ver-schwiegen worden ist, im Urteil für den Staat verfallen er-klärt werden.

Wie wir einem zu dieser Bundesratsverordnung er-gangenen Ausführungs-Ministerialerlaß an die maßgebenden Behörden entnehmen, erstreckt sich die Zählung auf Pferde, Rindvieh, Schafvieh, Ziegen, Ferkel und (zum ersten Male) auf schmale Stuten. Die Militärpferde werden nicht gezählt. — Ausdrücklich wird in dem Erlaß darauf hinge-wiesen, daß die Viehzählungen zu irgend welchen steuerlichen Zwecken nicht benutzt werden. Es handle sich um eine nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Zählung, deren Ergebnis ohne ministerielle Genehmigung nicht weiter, namentlich nicht an Private, mitgeteilt werden dürfe. Veröffentlichungen dürfen nur mit Zustimmung des Reichskanzlers erfolgen.

Langenschwalbach, 4. April. (Kreistag.) Zur Be-streitung der Kriegsunterstützungen im Untertaunuskreis be-schloß der Kreistag die Aufnahme eines Darlehens von 1 300 000 Mark. Bisher wurden 610 000 Mark für Unter-stützungen aufgewendet. Für die Ostpreußenhilfe im Kreise Stallungen bewilligte der Kreistag 5000 Mark. Die Kreis-steuern erfahren trotz der hohen Ausgaben keine Steigerung. In den Kommunal- und Provinzial-Landtag wählte man Landrat v. Trotha (Langenschwalbach) und Bürgermeister Leichfuß (Niedstein).

Aus den umliegenden Kreisen.

Viehausfuhrverbot in Hessen.

Das hessische Ministerium des Innern erläßt folgende Bekanntmachung:

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über Fleisch-verordnung vom 27. März 1916 hat die Reichsfleischstelle an-geordnet, daß im Großherzogtum Hessen die für die Seeres-versorgung ihm auferlegten Mengen von Schlachtvieh (Rind-vieh, Schafen und Schweinen), sowie die zur Versorgung der Zivilbevölkerung einschließlich der Garnisonen, Lazarette und Gefangenenernährung aufzubringenden Schlachtvieh der ge-nannten Arten aus dem Land selbst beschafft werden müssen. Aus diesem Grunde sehen wir uns veranlaßt, die Ausfuhr von Vieh der genannten Arten aus dem Großherzogtum mit sofortiger Wirkung zu verbieten.

Alle in Bezug auf die Ausfuhr von Vieh und Fleisch ein-gelassen nichtbessenen Landesteilen gegenüber zugestandenen Ermäßigungen werden hiermit zurückgezogen. Bereits in dieser Hinsicht abgeschlossene Kauf- und Lieferungs-verträge dürfen nicht mehr ausgeführt werden.

Gronberg, 4. April. (Stadteuer.) Den hiesigen Hundebesitzern wurden von der Stadtverordnetenversamm-lung die Hundesteuern recht beträchtlich in die Höhe geschraubt. Der erste Hund kostet 16 Mark, der zweite 32 Mark, der dritte 48 Mark und so fort um jedesmal 16 Mark steigend.

Langensfeld, 5. April. (Die Kartoffelaus-gabe) erfolgt nunmehr auch Freitag nachmittags. Die von den einzelnen Haushaltungen bestellten Mengen können nicht berücksichtigt werden. Die Kartoffeln werden für jeden Haus-halt berechnet, und nach dieser Berechnung erfolgt die Aus-gabe. Familien mit weniger als fünf Köpfen können daher nur alle 14 Tage 50 Pfund Kartoffeln erhalten.

Hanau, 5. April. (Schöffengericht.) Wegen Ver-leidung der Offiziere und Unteroffiziere des deutschen Heeres erkannte gestern das Schöffengericht gegen einen Arbeiter auf 2 Wochen Gefängnis. Der Mann hatte in dem Gasthaus „Zur deutschen Bierstube“ geäußert, die Soldaten würden schlimmer behandelt wie das Vieh. Das hörte ein Wehrmann namens Feiermann, der Anzeige erstattete. Amtsanwalt Kauter erklärte, daß das Verhältnis zwischen Offizieren und Unter-offizieren ein geradezu ideales, ein kameradschaftliches sei. Er beantragte 3 Monate Gefängnis. — (Wegen Uebertre-tung der Schöffengerichte) erhielten die Deubändler Konrad Müller und Sell aus Rothenbergen je 50 Mark Geldstrafe. Sie hatten den Höchstpreis für Getreide, der 6 Mark betrug, um 1 Mark bezogen, 1.20 Mark überzahlt. — (Ohne Geld einzukaufen) hat eine Frau in einem hiesigen Geschäft. Sie erhielt wegen Betrugs einen Monat Gefängnis.

Hanau, 5. April. (Ein Ueberschauer.) Ein hie-siger Schäfer meldete vor einigen Tagen der Polizei den Diebstahl eines Schafkammchens. Es gelang auch der Polizei, den neuen Besitzer des Kammschens ausfindig zu machen, wobei sich herausstellte, daß der Schäfer selbst das Kammschens verkauft und um ganz sicher zu gehen, Anzeige erstattet hatte.

Hanau, 5. April. (Die Ortskrankenkasse für den Landkreis Hanau) teilt mit, daß mit dem 1. April d. J. Riffer II des § 20 ihrer Satzung wieder in Kraft tritt.

Friedberg, 4. April. (Vierhöchstpreise.) Da im Kreise der Preis für frische oberbessische Landeier künstlich hoch-gehalten wird, verfügte das Kreisamt, daß der Einkaufspreis beim Landwirt für frische Eier im Kreise Friedberg höch-stens 12 Pfennig das Stück betragen darf. Der Kleinhandels-verkaufspreis wurde auf höchstens 14 Pfennig für das Stück festgesetzt. Falls diese Preise nicht innegehalten werden, droht das Kreisamt mit dem Erlass eines Ausfuhrverbotes.

Gießen, 4. April. (Zur Förderung der Del-und Ferkelversorgung) scheint, wie uns bekannt wird, der Kreis Gießen einen sehr gangbaren Ausweg gefunden und, was die Hauptsache ist, auch benutzt zu haben. Er hat in Ge-meinschaft mit dem agrarisch-wirtschaftlichen Laboratorium der

Landes-Universität Gießen bei 10 Landwirten des Kreises Kapsanbau stellen eingerichtet. Diese Stellen haben insgesamt schon circa 25 Morgen Raps, teils in Form von Düngungsversuchen, teils in Form von Sortenbauversuchen gebaut und liefern nun von den als gut erkannten Sorten das Saatgut einestheils für vermehrten Rapsanbau in dem Kreise Gießen, andernteils durch Vermittelung des landwirtschaft-lichen Vereins für die Provinz Oberhessen auch für die übrigen Kreise Oberhessens. Es steht zu erwarten, daß auf diesem Wege sowohl hinsichtlich der Fett- wie auch der Futterverfor-gung bald erfreuliche Ergebnisse zutage treten werden.

Aus Frankfurt a. M.

Der Schneiderverband zu den neuesten kriegswirt-schaftlichen Maßnahmen.

Der hiesige Schneiderverband hielt am Montag eine Mitglieder-versammlung ab, die überaus stark besucht war. Zunächst berichtete Geschäftsführer Plett über die Verhandlungen, die mit dem Arbeitgeberverband wegen Bewilligung einer Teuerungszu-lage und Erhöhung der Jalousienvergütung in letzter Woche in Dresden gepflogen worden sind. Schon im September vorigen Jahres hatten bestmögliche Verhandlungen statt-gefunden. Der Arbeitgeberverband erklärte damals, daß er geneigt sei, bis 1. März 1916 in neue Verhandlungen einzutreten, wenn bis dahin eine Verringerung der geschäftlichen Verhältnisse in der Rapschneider eingetreten sei und die Teuerung anhalten wird. Aber der Erklärung waren so viele Klauseln angehängt, daß darin vom Verband eine verheißene Ablehnung erteilt wurde. Nach mehr-maligem Briefwechsel stand die Frage erneut in Dresden zur Be-ratung. Hierzu lagen von Arbeitnehmerseite Anträge auf Er-höhung der Rapschneidervergütung vor und von Arbeitgeberseite wurde vorgeschlagen, eine Lohnzulage zu vereinbaren, wenn die Arbeitnehmer mit einer weiteren Erhöhung des Inkrafttretens des Reichsarbeitsgesetzes einverstanden seien. Nach der Rapschneider-vergütung wurde eine Einigung dahingehend erzielt, daß in den Orten, wo diese Zulagen vom Arbeitnehmer gestellt werden, eine höhere Vergütung um 20 bis 30 Prozent sofort in Kraft tritt. Für Frank-furt kommt dies nicht in Betracht, weil hier die Rapschneider durchweg vom Arbeitgeber gestellt werden. Bei Eintritt in die Verhand-lungen wegen einer Lohnzulage gaben die Arbeitgeber eine Er-klärung ab, in der sie behaupteten, keine Lohnzulage gewähren zu können, weil eine neue Bundesratsverordnung zur Regelung der Arbeit in Web-, Wirt- und Strickwaren verarbeitenden Gewerbe-zweigen bevorstehe, die in ihren Bestimmungen den Arbeitgebern schon große Opfer auferlege. Damit waren die Verhandlungen darüber erledigt.

Gesamter Plett konnte schon die wichtigsten Bestimmungen aus der Verordnung, von der den Organisationsvertretern vorher Kennt-nis gegeben war, mitteilen. Er glaubt nicht, daß die Verfügung noch gemildert wird. Die Schneider- und Schneiderinnen stehen also vor der ersten Aufgabe, daß sie nicht nur keine Lohn-zulage trotz der immensen Steigerung aller Lebensmittel bekommen, sondern daß ihr Einkommen wesentlich ge-fügt wird. Es sei deshalb Pflicht der Organisation, dafür zu sorgen, daß Stadt oder Staat den Verdienstausfall ersetzen.

Geschäftsführer Plett erläuterte dann die Vorschläge zu den Maßnahmen, die infolge der Verordnung von der Or-ganisationsverwaltung vorgegeben sind. Es soll sofort ein Antrag an den Stadtmagistrat gerichtet werden um Wiedereröffnung der Arbeitslosenunterstützung und um wesentliche Er-höhung der Unterstützungsätze. Ferner soll das Kriegs-ministerium ersucht werden, die hier geplante Errichtung einer Reinigungs- und Reparaturanlage für Uniformen baldmöglichst in Betrieb zu nehmen. Mit den Arbeitgebern soll eine Verständigung über die Einteilung der durch die Verord-nung verfügbaren Arbeitskräfte gesucht werden; auch sollen die örtlichen Organisationen auf Beschluß der Zentralverbände erneut die Frage der gemeinschaftlichen Arbeitsvermittlung be-raten. Der Redner führte dann aus: Wenn sich jetzt unterer Kollegen eine Erregung bemächtigt, so sei das verständlich und auch berechtigt. Eine solche tief einschneidende Verfügung sei bisher für kein Gewerbe erlassen worden. Jetzt, wo in der Saison die Schneider einigermassen verdienen und verdienen müssen, um ihre wirtschaftlichen Verhältnisse aus der stillen Geschäftszeit wieder aufzuheben, kommt nun dieser Schlag. Es sei fester Wille der Organisationsleitung, alles aufzubieten, um von den Bedröhten den Verdienstausfall ersetzt zu bekommen. Dazu gehört aber das feste Zusammenhalten der Kollegen. Die Organisation darf nicht aufgegeben werden. Es ist vorgegeben, daß in nächster Zeit ein außer-ordentlicher Verbandstag sich mit der Situation beschäftigen wird, der auch über Beiratsfragen und Unterstützungen zu beschlie-ßen hat.

In der lebhaften Debatte kam ein tiefer Groll und große Er-bitterung zum Ausdruck. Alle Redner forderten, daß die Behörden ihnen den Verdienstausfall restlos zu ersetzen hätten.

Die Verordnung ist nun heute erschienen, und wir geben kurz die hauptsächlichsten Bestimmungen wieder: Die Arbeitszeit in Betrieben darf 40 Stunden in der Woche nicht über-schreiten. Den Heimarbeitern darf nur noch 70 Prozent der durchschnittlichen Arbeitsleistung vom Oktober 1915 bis Februar 1916 übergeben werden. Die Verteilung der Arbeit oder Arbeitszeit ist der freien Vereinbarung überlassen. Die Stücklöhne dürfen nicht gekürzt werden. Die Zeit-löhne dürfen nur um 20 Prozent gekürzt werden. Das heißt also: Damenschneider, Tagsschneider und Schneiderinnen, die in Zeitlohn arbeiten, dürfen nur 40 Stunden in der Woche beschäftigt werden, erhalten aber 80 Prozent ihres bisherigen Wochenlohnes. Alle in Stücklohn Arbeitende bekommen zu ihrem Verdienst vom Arbeitgeber einen Zuschuß von 10 Prozent, sofern der Wochenverdienst das Maß des ortsüblichen Tagelohnes nicht übersteigt. Der ortsübliche Tagelohn beträgt hier am Orte 3.80 Mark für männliche und 2.80 Mark für weibliche Personen. Die Zuschüsse sind in den Lohnbüchern gesondert als solche zu bezeichnen. Die Zahl der beschäftigten Personen darf durch Kündigung seitens des Betriebsunternehmers in den ersten zwei Monaten nach Erlass dieser Vorschriften nicht um mehr als ein Zwanzigstel, nachher nicht um mehr als ein Zehntel unter den Stand vom 1. Februar 1916 vermindert werden.

Eine neue Stiftung. Mittheilung Freiherr Adolf v. Holz-baun, der letzte aus dem alten Frankfurter Geschlecht, der auf dem bekannten, im Holzhausen-Park gelegenen alten Oedbläthen wohnte und der schon wiederholt durch Zuwendungen zu sozialen Zwecken — die Einrichtung des Kinderfestes auf der „Och“ u. a. m. — sein Interesse der Stadt bekundete, hat neuerdings in hochherziger Weise der Stadt einen großen Betrag zugewandt zur Errichtung einer dem Andenken an das Geschlecht der Herren und Freiherren

Frankfurter Stadtverordneten-Versammlung.

Frankfurt a. M., 4. April.

Vorsitzender Dr. Friedleben schlägt der Versammlung vor, den Antrag Hund und Genossen, Mehl- und Weizenbeihilfe betreffend, in der Generaldebatte mit zu behandeln. Dem wird zugestimmt. In der

Generaldebatte zum Haushaltsplan

nimmt zuerst das Wort

Hund (Korff, Sp.), der beklagt, daß einzelne Teile des Haushaltsplanes so lange vor Stattfinden der Generaldebatte in der Presse behandelt werden. Der Magistrat möge dafür sorgen, daß künftig das nicht mehr geschehen kann. Er und seine politischen Freunde werden dem Etat zustimmen. 15 Prozent Zuschlag zur Einkommenssteuer müssen als möglich bezeichnet werden. Dabei wäre zu erörtern, ob eine Zeit nicht geeignet erscheine, an eine

Veränderung der gesamten städtischen Verwaltung

zu denken. Hund meint, daß durch große Ersparnisse gemacht werden. Seine Freunde wünschen auch, die Kreditgenossenschaft 1914 nach dem Anlagekredit zu erhalten. Denn es gebe wohl keine Klasse, die heute jählicher daran ist, als die Klasse der kleinen Hausbesitzer. So sehr dem Sparten das Wort gerecht werde, könnten die Gründe des Magistrats nicht anerkannt werden, die er bei Verzinsung der Summen für

Schulneubauten

ins Feld führt. Gerade während und besonders nach dem Kriege müsse auf die Erziehung der jungen Generation besonderes Gewicht gelegt werden. Wichtiger als die Finanzfrage sei heute die

Ernährungsfrage

der gesamten Bevölkerung. Er beziehe auf seinen Antrag, der besage, die Verteilung von Mehl und Brot schnellstens einer normierten Durchsicht zu unterziehen. Die täglichen Rationen dürften unter seinen Umständen verringert werden. Auch mit der Ausdehnung der Volksschulen möge sich der Magistrat eingehend beschäftigen. Die Verwaltung der Lebensmittelversorgung in Frankfurt a. M. sei besonders reformbedürftig. Bei aller Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit des Herrn Stadtrat Köhler sei doch die Berufung eines beauftragten Magistratsmitgliedes an die Spitze der Lebensmittelversorgung zu empfehlen.

Zielowski (Soz.) führt aus, daß der zweite Kriegsjahr mit anderen Gefühlen aufgenommen werde, als der Etat 1915. Sorge befinde jeden, der an die Zukunft denkt, und das komme auch im Etat zum Ausdruck. Denke man an die Ausführungen, die Staatssekretär Helfferich in Bezug auf die Lösung der Kriegsalien machte, so erwache das keine erfreulichen Ausblicke. Da müsse man schon ernstlicher Altruismus oder Spekulation in Kriegs- oder Lebensmittel sein. Wollte man froher Hoffnung sein, (Helfferich). Die Gemeinden werden durch den Krieg ganz erheblich belastet. Auch eine Herabsetzung des städtischen Amtes Charlottenburg hat a. A. Berlin bereits 62,5 Millionen an Vorratserhaltung für Kriegsteilnehmer ausgewendet, für Nichtkriegsteilnehmer 3.278.000 Mark und für Kriegsteilnehmer 2.231.000 Mark, zusammen über 67 Millionen. Charlottenburg 8,7 Millionen, Neukölln 12,7 Millionen usw. Auch Frankfurt a. M. ist, wie der Oberbürgermeister schon dargelegt hat, außerordentlich hoch belastet. Die monatlichen Ausgaben für Kriegsteilnehmungen betragen rund 2 Millionen Mark.

Wieviel Kulturwerte

hätten mit diesem Geld beschafft werden können! Im vorigen Etat wurde das Feuererlösnis mit 18 Millionen nicht erreicht. Diesmal wurden mit Hilfe des 15prozentigen Zuschlages 18,5 Millionen eingezogen. Ob die Summe erreicht wird, ist sehr fraglich. Dabei sei aber doch nicht außer acht zu lassen, daß dieser Zuschlag von 15 Prozent erst

der Anfang weiterer Steuererhöhungen

ist. Die Lösung der leibigen Finanzfrage ist schwierig, weil weisse Kreise der Bevölkerung wirtschaftlich sehr geschädigt sind. Schon heute machen sich die

wirtschaftlichen Umwälzungen

sehr deutlich bemerkbar. Eine Finanzverordnung folgt der anderen, wodurch das Wirtschaften stark beeinflusst wird. Mit titanischer Gewalt hat der Krieg viel Alles umgestürzt, manches Neue geschaffen. Das gilt nicht nur für das Reich des Materiellen, sondern auch für das Reich der Ideen. Am auffallendsten tritt das auf dem Gebiete der

Lebensmittelversorgung

zutage. Auch im Jahre 1915 richtete der Deutsche Städtetag eine Eingabe an den Reichskanzler, worin gesagt wurde, daß es nicht Aufgabe der deutschen Städte sein könne, in die Preisgestaltung der Lebensmittel einzugreifen. Heute geschieht das, wenn auch in unzureichendem Maße.

Wichtige Aufgabe der Städte

ist jetzt die Lebensmittelversorgung. In Frankfurt bleibt da noch viel zu tun übrig. Die Annehmlichkeiten vor den Vorkriegs- und Kriegsjahren werden immer unerträglich. Darum läßt man bei heilstem Tage das

Gespinnst der Not

umgehen, läßt Not in Einzelfällen zur Wirklichkeit werden, wenn immer und immer wieder öffentlich berichtet wird, daß von einer wirklichen Notlage nicht die Rede sein könne. Die Szenen, die sich jetzt täglich beim Lebensmittelkauf auf der Straße abspielen, wirken nach außen geradezu furchtbar. Wer darben muß, wird wenig Empfindlichkeit für den Trost besitzen, daß die ihm zustehenden Rationsrationen keineswegs fehlen.

Rationierung

ist die beste Voraussetzung einer gleichmäßigen Ernährung. Wer dominiert, verständigt sich am Vaterland steht in bürgerlichen Werten zu leben. Dennoch sind viele

reife Leute Vaterlandsverräter

denk sie haben es meistens verstanden, große Vorräte einzubauen. Hier sollte man an eine Bestandaufnahme denken, aber auch thätig durchgreifen. Dabei dürfen aber auch nicht die Speicher der Fabrikanlagen vergessen werden. Es ist bekannt, daß dort Hunderte von Zentnern an Mehl, Mais, Zucker, Reis usw. lagern, angeblich für Arbeiter in kommenden, noch schlechteren Zeiten. Einmal muß eine solche Kommode im großen eine erhebliche Preissteigerung verzeichnen, und dann steht es befürchten, daß sich in schlimmer Notlage erst die Angestellten, Direktoren und Aktionäre wieder einfinden; die Arbeiter, für die angeblich aufgeteilt wurde, gehen leer oder mit kleinen Rationen aus. Die Bestandaufnahme und Rationierung denke ich mir in folgender Weise: Für alle nur auf Karte erhältlichen Rohstoffmittel hört die Preissteigerung des Bezuges auf. Es werden feste Stundenkreise dadurch gebildet, daß jeder Konsument auf besonderen Fragebogen für jeden Kartentitel seinen Detaillieferanten benennt und die Anzahl der ihm zustehenden Rationen. So viel Rationen, wie sich auf diese Weise errechnen lassen, werden jedem der bezeichneten Detaillieferanten von der lokalen Rohstoffmittelverteilungsstelle zugewiesen. Der private Detaillieferant, dem seine Kundenspezifika, die nur beschreibend verändert werden darf, amtlich ausgeschrieben wird, übernimmt somit das Amt eines kommunalen Rohstoffmittelverteilers. Jedes Weibchen, jedes Weibchen wird durch die Schöpfung solch eines festen, frei gewählten, aber behördlich festgelegten Rohstoffmittelverteilungsmittels mit einem Schlag befreit. In ähnlicher Weise hat der hiesige Konsumverein den Verkauf eines Teiles seiner Waren organisiert. Man spricht von besonderer

Zukunft

No, warum hat man denn nicht schon lange an die Aufhebung der sehr hohen Sacharinksteuer gedacht? In den letzten Tagen wurde bekannt, daß der Reichskanzler eine dahingehende Ermächtigung erhalten habe; aber die Kantanten sind bereit, daß wieder nur eine halbe Maßnahme herausgekommen ist. Warum ist man hier so ängstlich? Weil sich die Maßnahme gegen die Landwirtschaft richtet,

Die Einführung des Sacharins in Cafes wäre nur zu begrüßen. (Zustimmung.) Ein Wort noch zur

Störung des Schulbetriebes

durch die militärische Eingewöhnung. Damit sollte endlich aufgeräumt werden. Die Ansicht des Oberbürgermeisters, größere Schulbauten jetzt nicht vorzunehmen, müsse auch seine Reaktion verurteilen. Noch wichtiger ist die Frage der

Reform des Schulwesens

Der Krieg biete gute Gelegenheiten, die Einheitschule durchzuführen, zum mindesten in Angriff zu nehmen. Rottend ist die Anseitigkeit der Vermittel und bessere Fürsorge für Kinder minderbemittelter Eltern. Bei dieser Gelegenheit darf auch nochmals auf den Unfug hingewiesen werden, der sich bei

Zusammenfassung der vierten Kriegsanleihe durch Schulinder

bemerktbar machte. In der Bevölkerung machte sich großer Unwille bemerkbar, weil in wenig schicklicher Art gerade bei den Aemtern der Armen, in den Volksschulen, von Lehrern und Lehrerinnen die Kinder zur Zahlung fast gequält wurden. Auch auf die Gestaltung der Schulzeugnisse soll da und dort die Kritik eingewirkt haben. Auch aus der Fortbildungsschule kommen solche Redaktionen. Von den Lehrern und Lehrerinnen in der Volksschule hätte man mehr Rücksichtnahme auf den Hunger und die Not der armen Eltern erwarten können. Nachen und Widerspruch bei den Bürgerlichen. Zu erwarten sei, daß endlich die

einheitliche Spitze in der Lebensmittelversorgung

geschaffen und daß besonders dem Gemüßbau Aufmerksamkeit geschenkt wird. Sehr zu empfehlen seien die Auszügen, die Herr Direktor Siebert vom Palmengarten in Bort und Schrift gibt. Das kürzlich im Auftrage der Palmengarten-Gesellschaft herausgegebene Schriftchen: „Bunt Gemüse!“ enthalte vorzügliche Fingerzeige, das jedem Kleinpartenbesitzer wertvolle Dienste leisten kann. Zum Schluß wünscht Herr Zielowski, daß die versprochene Neuorientierung nach dem Kriege der Bevölkerung das bringe, was sie erwartet.

Dr. Kumpf (noll.) erkennt die spärliche Ausstattung des Etats an, an dem nicht viel zu demängeln sei. Für die Zeit nach dem Kriege glaubt er bestimmt an eine

weitere Erhöhung der Steuern

mit der man sich heute vertraut machen sollte. Erhöhung der Einkommen- und Realsteuern werde kommen. Er bedauert ebenso wie Zielowski die dauernde Inanspruchnahme von Schulgebäuden seitens der Militärverwaltung, durch die der Schulbetrieb empfindlich gestört werde. Nach dem Kriege wünscht er eine Neuordnung der Quartierverhältnisse, bei der sich sehr manche Härte gezeigt habe. Ausgestaltung des Armenamtes zu einem großen Sozialorgan mit nach dem Kriege in Erwägung zu ziehen. Eine kommende Erhöhung der Kriegsanleiheverpflichtung sei angesichts der Teuerung auch ins Auge zu fassen. Bezüglich der Verpachtung des städtischen Geländes beantragt Redner:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: den Magistrat zu ersuchen, bezüglich der Veräußerung einer städtischen Zentrale für Bodenausnutzung in die Wege zu leiten, deren Aufgabe die weitestgehende Ausbarmung aller brotbringenden oder unwirtschaftlich verwendeten Geländes durch Erzeugung von Rohstoffmitteln (Gemüse, Kartoffeln usw.) sein soll. Zur Erfüllung dieser Aufgabe sollen nicht nur Grundstücke der Stadtgemeinde, sondern auch öffentliche und städtische, sondern auch Gärten, Acker oder Oedland privater Eigentümer herangezogen werden.

Dr. Kumpf schließt seine Ausführungen mit Dankworten an den Delegierten der Finanzen, Stadtrat Dr. Köhler, den Oberbürgermeister, sowie die gesamte Beamtenschaft für pflichttreue Arbeit.

Oberbürgermeister folgt antwortet, daß die Frage des

Auffliegs von Volksschülern in höhere Schulen

schon während des Krieges ins Auge gefaßt sei. Ferner gibt er Aufschluß über seine Tätigkeit in den verschiedensten Komitees und Kommissionen. Bezüglich des Antrages Hund, die Brotmenge betreffend, sei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, wenn nicht ganz barfuss gewirtschaftet wird, daß die Rationierung herabgesetzt werden muß. Auch gegen das „Damieren“ spricht sich der Oberbürgermeister auf das schärfste aus und wünscht

öffentliche Veranschaulichung der „Damier“

Dann müßten aber auch zahlreiche Mitglieder des Konsumvereins daran glauben, die ebenfalls das „Damieren“ nicht lassen können. Der Waffenverkauf werde man näher teilen. Wegen der Futterversorgung solle man nicht ungeduldig werden; derartige Schwierigkeiten lassen sich nicht beheben. Kartoffeln werden in genügender Menge vorhanden sein, nachdem die Saat beendet ist.

Stadtrat Dr. Köhler geht nochmals auf die gleichmäßige Verteilung der Rationierung der Reichsverteilungsstelle auf alle Städte näher ein. An eine notwendig werdende Verabfolgung denkt er im Gegensatz zum Oberbürgermeister nicht. Die Anträge der Stadtrat Hund und Dr. Kumpf werden ohne Widerspruch angenommen. Die Rationierungsvorgaben der Tagesordnung werden genehmigt, bzw. den Ausschüssen überwiesen. Eine Stiftung des Freiherren Adolf von Holzhausen wird mit Dank angenommen.

Neues aus aller Welt.

Schweres Explosionsunglück in England.

London, 4. April. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung des Pressbureaus. Der Munitionsmister teilt mit, daß während des Wochenendes in einer Pulverfabrik in Kent ein größeres Feuer ausbrach, welches mehrere Explosionen verursachte. Das Feuer entstand rein zufällig und wurde um die Mittagszeit entdeckt. Die letzte Explosion fand kurz nach 2 Uhr nachmittags statt. Die Zahl der Opfer beträgt ungefähr 200.

Die kurzen Röcke der Pariserin.

Die Französinen tragen in diesem Frühling wegen der Knappheit der Stoffe Kleider, die nur ganz wenig über die Knie fallen, so baufällig und stoffreich sie auch sonst sind. Die Pariserinnen geben zur Begründung dieser Kniefürze an, daß man die Verbündeten ehrt, wenn man den schottischen „Kilt“ in das Weißbleiche überträgt. Es scheint indessen, daß gewisse Pariser Kreise sich über die Mode moralisch entrüsten, und die radikale Zeitung „Der Rappel“ kommt sogar mit der Satire. Sie veröffentlicht eine Unterredung mit der amüsanten Figur des „bezahlten Boders“. Der „bezahlte Boder“ begegnet dem Redakteur des „Rappel“ auf dem Boulevard und redet ihm folgendes an:

Ja, errate, mein Herr, daß Sie Paris und seine Boulevards lieben und dort zu Ihrem Vergnügen lustwandeln. Ich tue daselbe, aber weniger zu meinem Vergnügen als meines Berufes halber. Dieser Beruf wird mir auch nie zuviel werden, denn er bildet zugleich ein ständiges Fest für mich und genügt meinem ästhetischen Geschmack mit meinem moralischen Fürsorgebedürfnis.

Während er noch sprach, sah ich, schilbert der Redakteur die amüsante Szene weiter, eine lebenswürdige Dame uns entgegenkommen, deren Kleid kaum über die Knie reichte. Mein Blick wandte sich wohlgefällig dem zu, was aus dem Kleid hervorgab. Dann wandte ich mich meinem Genossen zu, denn ich wollte in seinen Augen dieselbe Bewunderung

lesen. Mein ich wurde sehr enttäuscht. Seine Blicke hatten plötzlich einen strengen und mißtrauischen Ausdruck angenommen, der Boulevardbesuchern sonst völlig fremd ist. Sein harter Blick blinnte durch sein Einglas, fixierte scharf die Beine der Dame und kletterte dann bis zu deren Stirn empor, auf der er eine leichte Wölbung hervorrief. In demselben Augenblick legte der Moralist und Reifeiter ein kleines mefantes, wenn auch diskretes Lächeln auf, das der Schönen das Blut ins Gesicht trieb. In fieberhafter Eile drängte sie sich durch die Menge und stürzte in eine Konditorei.

„Sie haben das schöne Kind in die Flucht gejagt“, äußerte ich empört, „und uns um das Vergnügen gebracht, ihre Bekanntschaft zu machen...“ „Sie werden sie nicht mehr wiedersehen“, versicherte der Moralist, „ich will mir nicht einbilden, das Weibchen überzeugt zu haben, daß sie nicht mehr die Seine zeigen soll. Sicher aber wird sie diese nicht mehr dem Straßenbilde aussehen. Lassen Sie mich nur noch vierzehn Tage tätig sein, und es wird nur noch Räder geben, die bis zu den Knöcheln reichen. Ich spare den Bodenröcken in ganz Paris nach. Hier meine Taktik. Sobald ich einen entdecke, tue ich so, als läse ich ihn gar nicht. Wie ein guter Jäger lasse ich das Wild an mich heran kommen, meine Augen wandern inzwischen zu irgend einer Auslage oder über die Terrasse eines Cafés hinweg. Gleichzeitig aber nehme ich einen häßlichen Gesichtsausdruck an, der zuerst die Frauen abstoßt, ihnen aber dann wohlgefällig ist, sobald sie sich der Anziehungskraft ihrer Reize bewußt werden. Zugleich kommt meine Freundin näher, kaum ist sie nur noch sechs Schritte entfernt, so krenzt sich mein Blick mit dem ihrigen. Da, denkt sie, der hat angebissen. Sie verlangt ihren Schritt, ich beschleunige den meinigen. Plötzlich aber senken sich meine Augen auf den Rand ihres zu kurz geratenen Kleides. Meine Augenbrauen ziehen sich zusammen, mein Mund faltet sich... Dieses Lächeln ist unwiderstehlich. Die Dame errötet, wird verwirrt und verabschiedet meistens in eine Konditorei, wenn eine solche gerade zur Stelle ist. Sie mögen mir glauben oder nicht: vor wenigen Tagen flüchtete sich selbst eine Dame der guten Gesellschaft vor mir in eine automatische Bar.“

„Sie müssen aber mit diesem Spiel viel Zeit verlieren!“ „Nur nichts“, schloß der Moralist, „ich habe keine andere Beschäftigung, ich bin „Angeliebter Vacher bei der Viga gegen die Unmoral auf der Straße“. Ich habe ein monatliches Forum“, versicherte er und schob vertraulich seinen Arm in den meinen. „Ich streiche auch gern eine Extragrattifikation ein, wenn es mir gelingt, einen ganz besonders schnellen Sieg über eine ganz besonders unzüchtige Mode davongetragen. Bei den Rennen von Longchamps genügte mein kleines Lächeln, um den Hosenrock für ewig tot zu machen.“

Telegramme.

Holländischer Protest gegen Postraub.

Haag, 5. April. (W. B. Nichtamtlich.) Das Ministerium des Aeußern veröffentlicht diplomatische Schriftstücke über die Beschlagnahme der Briefpost auf Ueberseesampfern durch englische Behörden. Darin sind abgedruckt die an die englische Regierung gerichtete Note vom 18. Dezember 1915, in der Holland gegen die Beschlagnahme von Briefkästen protestiert; die Note vom 12. Januar 1916, die in Beantwortung der von England eingelaufenen Antwort auf die Note vom 18. Dezember an die englische Regierung gerichtet worden ist. Am 1. April 1916 überreichten die Gesandten Englands und Frankreichs im Namen ihrer Regierungen ein Memorandum, in dem auch die Beschlagnahme von Postpaketen zur Sprache gebracht wird. In Verbindung hiermit bemerkt der Minister des Aeußern, daß die holländische Regierung nicht die Ansicht teile, daß die durch den Haager Vertrag bestimmte Unverletzlichkeit der Ueberseepost auch die Paketpost einschließe. Die holländische Regierung habe nur dem Protest eingelegt, wenn die Beschlagnahme der Paketpost im Widerspruch zu den Rechten der Kriegführenden gestanden habe, soweit diese Rechte betreffen, die auf neutralen Ueberseesampfern befördert werden. Die holländische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Bezeichnung Correspondance Postale im Haager Vertrag Sendungen von Effekten, Coupons und anderen Wertpapieren umfaßt. Die Kriegführenden dürfen derartige Sendungen deshalb unter keinen Umständen antasten. Der Minister des Aeußern erlucht demnach auch um Zurückgabe der von den englischen Behörden beschlagnahmten Papiere dieser Art.

Englischer Tagesbericht.

London, 5. April. (W. B. Nichtamtlich.) Antlischer Kriegsbericht: Gestern sah eines unserer Flugzeuge ein deutsches Flugzeug hinter unseren Linien südlich von Souchez ab; Jäger und Beobachter sind tot. Heute war die Artillerie beiderseits tätig bei Souchez, Anvers, St. Eloi und Ypern. Einige Minenaktivität bei Kemmel-St. Saent, sowie bei Hulluch und der Hohenzollernschanzen.

Italienischer Tagesbericht.

Rom, 5. April. (W. B. Nichtamtlich.) Antlischer Bericht vom 4. April: Sängs der ganzen Front beiderseits Tätigkeit der Artillerie, am lebhaftesten zwischen dem Sagarinatal und dem Suganatal und auf den Höhen nordwestlich von Görz. In der Nacht zum 3. April wurden keine Angriffe gegen unsere Stellungen auf dem Monte Isole (Monte Cristoforo) und auf dem Monte Br (Monte Nero) abgewiesen. Feindliche Flugzeuge versuchten vergeblich Einbrüche in unser Gebiet, wurden aber durch das Feuer unserer Batterien und durch Gegenangriffe unserer Flugzeuge vertrieben. Einem Flugzeug gelang es, zwei Bomben auf Bassano abzuwerfen, die nur geringen Schaden anrichteten. Eines unserer Caproni-Flugzeuge warf eine schwere Bombe auf den Grottenberg (Görz) und rief einen Brand hervor.

Für alle meiner verstorbenen unvergesslichen Gattin, unserer herzensguten treuen Mutter, unserer lieben Schwester, Schwägerin, Tante und Cousine

Frau Sophie Schmidt
geb. Hubert

im Leben und Tod erwiesene Freundschaft und Liebe, wie die bei ihrem Heimgange auch uns entgegengebrachte wohlthuende Teilnahme, sagen herzlichsten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Der trauernde Gatte:
Architekt Philipp Schmidt.

Wiesbaden (Egidystasse 3), April 1916.